



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [#BargainForTheBudget: Erste Debatten im Rat und im AdR zum neuen EU-Budget](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Abstimmung über die Eurovignette im EP-Verkehrsausschuss am 24. Mai](#) 4
- [Modernisierung des Visa-Informationssystems](#) 4
- [Parlament debattiert über neue Datenschutzregeln](#) 5
- [Abstimmung über EU-Zivilschutzmechanismus im Umweltausschuss](#) 5

Rat der Europäischen Union

- [Neues Gesetzespaket zu Klima- und Umweltschutz verabschiedet](#) 6

Europäische Kommission

- [Vorstellung des dritten Mobilitätspakets](#) 7
- [Start der Kampagne #EUandME](#) 7
- [Wifi4EU: Ab jetzt sind Bewerbungen möglich](#) 8
- [Neue EU-Leitfäden für Bau von Energieleitungen und Wasserkraftanlagen](#) 8

Sonstiges

- [Euregio zeichnet junge ForscherInnen aus](#) 9

In eigener Sache

- [Eröffnung der Ausstellung loop in der Gemeinsamen Vertretung](#) 10
- [Vorbesprechung der AdR-Delegation in der Gemeinsamen Vertretung](#) 10

Laufende Konsultationen

Tagesordnungen der Institutionen

Impressum und Abbildungsverzeichnis

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

#BargainForTheBudget: Erste Debatten im Rat und im AdR zum neuen EU-Budget

Am 14. Mai 2018 kamen die Mitgliedstaaten im Rat zu einer ersten Beratungsrunde über den ersten [Budgetvorschlag](#) der Kommission zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 zusammen.



In der [Ratssitzung](#) erläuterte Budgetkommissar Günther Oettinger den Vorschlag der Kommission und verteidigte ihn gegenüber erster vorgebrachter Kritik. Vor allem die verbreiteten Positionen einiger Mitgliedstaaten, keine Erhöhung der nationalen Beiträge hinnehmen zu wollen aber gleichzeitig die Ausrichtung des Budgets auf die neuen Herausforderungen Migration, Forschung und Verteidigung zu begrüßen, seien schwer miteinander zu vereinbaren. Oettinger wies außerdem die Kritik einiger Mitgliedstaaten an der Erhöhung der nominalen Beiträge zurück, da diese unumgänglich sei angesichts des Brexits und der höheren Inflation. Stattdessen soll die reale Seite betrachtet werden, wobei hier der Vorschlag eine reale Erhöhung der Beiträge vermeidet. Er räumte ein, dass ein Vergleich des derzeitigen MFR mit dem zukünftigen nicht ganz einfach sei, zumal Großbritanniens Anteil

herausgerechnet werden muss. Der Kommissar erinnerte auch daran, dass ein Verhindern der Erhöhung der rein nationalen Beiträge auch dadurch erreicht werden könnte, wenn der Rat sich bald auf eine Digitalsteuer und Finanztransaktionssteuer einigen würde, deren Einnahmen in den EU-Haushalt fließen könnten.

Österreich bekräftigte seine Position, dass der derzeit vorliegende Entwurf nicht akzeptabel sei, und fordert die Umsetzung des Ziels, das Budget auf 1,0 % des EU-Bruttonationaleinkommens zu beschränken (Kommissionsvorschlag: 1,1 %). Gleichzeitig wurden erst kürzlich konziliantere Töne seitens der österreichischen Bundesregierung angeschlagen, als Finanzminister Hartwig Löger am [14. Mai](#) erklärte, dass durch den Brexit höhere nominale Beiträge Österreichs wohl unumgänglich sein werden.

Oettinger warnte einmal mehr vor einem Ausspielen der Bereiche Agrar- und Regionalpolitik gegen Außengrenzschutz und Verteidigung. Der Kommissionsvorschlag stelle eine Basis für einen Kompromiss dar, wobei der Kommissar die unterschiedlichste Kritik von vielen Seiten als Bestätigung für die Ausgewogenheit des Budgetentwurfs sieht.

[Mehr Informationen](#)

[Fortsetzung auf Seite 3](#)



Thema der Woche

#BargainForTheBudget: Erste Debatten im Rat und im AdR zum neuen EU-Budget

[Fortsetzung von Seite 2](#)

Debatte im Ausschuss der Regionen

Zwei Tage später stellte sich Oettinger auch im Rahmen der [Plenarsitzung](#) des Ausschusses der Regionen (AdR) am 16. Mai der Debatte mit den AdR-Delegierten über den neuen MFR.

Einstimmig herausgehoben wurde von den Anwesenden die aus ihrem Erfolg der letzten Jahrzehnte resultierende Wichtigkeit der europäischen Regionalpolitik, wodurch sich viele ärmere Regionen sukzessive an den europäischen Schnitt annähern konnten. Folglich waren sich auch alle einig, dass die EU-Regionalpolitik eine der erfolgreichsten europäischen Errungenschaften darstellt, die nicht leichtfertig durch unüberlegte Kürzungen untergraben werden sollte. Oettinger wies darauf hin, dass die Kommission aus diesem Grund eine Bestimmung vorschlägt, die sicherstellt, dass jede Region auch im neuen Budget mindestens 70 % ihrer bisherigen Regionalhilfen bekommen soll. Das Ziel ist es dabei, am Ende keine Verlierer und Gewinner zu haben, sondern einen tragbaren Kompromiss zu finden, der den neuen Herausforderungen gerecht wird.

Zentral bei den Verhandlungen wird laut Oettinger die Ausgestaltung der sogenannten [Berlin-Formel](#) sein, die die Zuteilung der Regionalhilfen regelt. Bisher orientiert sich dieser Index zu 86 % am BIP pro Kopf der jeweiligen Region und zum restlichen Teil an verschiedenen anderen Größen wie der Arbeitsmarktsituation und Demographie. Oettinger appellierte außerdem an die RegionalpolitikerInnen, dass sich die Debatte aus regionaler Sicht nicht nur um die Regionalfonds drehen soll. Stattdessen soll es auch um die Frage gehen, wie die Regionen von den geplanten massiven Aufstockungen der EU-Forschungsprogramme und Erasmus+ profitieren können, damit die Kürzungen der Regionalgelder nicht so ins Gewicht fallen.

Die AdR-Mitglieder waren sich abschließend einig, dass sie sich noch kein finales Bild über den Vorschlag machen können und auf die sektoralen Vorschläge Ende Mai warten wollen, betonten aber mehrheitlich, dass die in der derzeitigen Form vorgeschlagenen Kürzungen in der Agrar- und Regionalpolitik nicht hingenommen werden können.

[Weitere Informationen](#)

#BargainForTheBudget: Unter dem Hashtag #BargainForTheBudget informieren wir rund um die Verhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der den Umfang des EU-Budgets für die Jahre 2021-2027 festlegt.



Europäisches Parlament

Abstimmung über die Eurovignette im EP-Verkehrsausschuss am 24. Mai

Der für Verkehr und Tourismus zuständige EP-Ausschuss (TRAN) wird am 24. Mai 2018 über die Gesetzesinitiative zur überarbeiteten Wegekosten-Richtlinie (Eurovignetten-Richtlinie) abstimmen.

Der Gesetzesvorschlag stellt die dritte Revision der Wegekosten-Richtlinie dar, die von der Kommission aufgrund der erheblichen Differenzen bei den Straßengebühren in den Mitgliedstaaten als notwendig erachtet wird.

Der Vorschlag würde einige weitreichende Änderungen nach sich bringen. Bisher erfasst die Wegekosten-Richtlinie nur LKWs, während die Revision den Geltungsbereich auf alle Nutzfahrzeuge inklusive PKWs ausweiten würde. Die neuen Regeln sollen nach Meinung der Kommission dabei helfen, den Umwegtransitverkehr zu minimieren, die Mautgebühren aller Alpentransitrouten miteinander in Einklang zu bringen und die Anreize zum Umstieg auf die Schiene zu stärken. Aus Tiroler Sicht besonders zentral ist die vorgeschlagene Umstellung auf einen entfernungsisierten Ansatz. Grundsätzlich positiv gesehen wird die größere Flexibilität bei der Festlegung der Gebühren für

externe Kosten wie Luftverschmutzung und die Differenzierung nach CO2-Emissionen der Fahrzeuge.

Insgesamt ist der Kommissionsvorschlag aus Tiroler Sicht jedoch an vielen Stellen verbesserungsbedürftig, insbesondere im Bereich Korridormaut, umfangreichere Einbeziehung externer Kosten und stärkere Berücksichtigung regionaler Faktoren. Die von der Berichterstatterin mit den Schattenberichterstattern ausgehandelten Kompromissvorschläge sind daher aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend.

Bei einer verpflichtenden Umstellung auf einen einheitlichen entfernungsisierten Ansatz würde das derzeit in Österreich im Einsatz stehende zeitbasierte Vignettensystem geändert werden müssen.

[Mehr Informationen](#)

Modernisierung des Visa-Informationssystems

Die Kommission hat eine modernisierte Verordnung über das Visa-Informationssystem (VIS) vorgeschlagen. Sie soll den sich verändernden Herausforderungen im Bereich Sicherheit und Migration Rechnung tragen und das Management der EU-Außengrenzen verbessern.

Das VIS ist eine EU-Datenbank, die die Grenzschutzbeamten an den EU-Außengrenzen mit den Konsulaten der Mitgliedstaaten in der ganzen Welt verbindet. Sie liefert den Visumsbehörden die wichtigsten Informationen über Personen, die Schengen-Visa für Kurzaufenthalte beantragen.

Mit dem heutigen [Vorschlag](#) wird – insbesondere durch die Aufnahme von Visa für einen langfristigen Aufenthalt und von Aufenthalts-titeln in das System – der Anwendungsbereich des VIS ausgeweitet, um sicherzustellen, dass

diese Behörden jederzeit über die erforderlichen Informationen verfügen.

Der Vorschlag stellt den zweiten Schritt der Reform der gemeinsamen EU-Visapolitik dar und folgt den von der Kommission im März 2018 vorgestellten Änderungen des Visakodexes. Zu Letzteren fand am Montag eine Debatte im EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) statt.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Parlament debattiert über neue Datenschutzregeln

Am 15. Mai 2018 lud der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) zu einer gemeinsamen Debatte mit nationalen Parlamentsabgeordneten über die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Thema der [Debatte](#) war das bevorstehende Inkrafttreten der DSGVO, die vor zwei Jahren beschlossen wurde. Diese stellt eine umfangreiche Festlegung der generellen Bestimmungen für die Nutzung von privaten Daten in allen wirtschaftlichen Bereichen dar, welche die grundlegende Richtung des Datenschutzes in der EU für die nächsten Jahrzehnte bestimmt.

DSGVO-Parlamentsberichterstatter Jan-Philipp Albrecht betonte bei der [Pressekonferenz](#), die DSGVO sei eine wichtige europäische Antwort auf die notwendige Modernisierung des Datenschutzrechts angesichts des rapiden technologischen Wandels gerade im Onlinebereich, der die Datennutzung als Kernteil seines

Geschäftsmodells betrachtet. Zentral in der DSGVO ist u.a. das „Recht auf Vergessenwerden“, das den EU-BürgerInnen mehr Kontrolle über ihre Daten und deren Nutzung gibt.

Die Abgeordneten erwarten von der DSGVO eine Verbesserung der Transparenz und Vereinheitlichung des Datenschutzes v.a. bei Online-Dienstleistungen wie Werbung und sozialen Netzwerken. Gerade in Zeiten von Cambridge Analytica sei ein effektiver Datenschutz wichtiger denn je, um das notwendige Vertrauen in digitale Technologien zu erhalten.

[Mehr Informationen](#)

Abstimmung über EU-Zivilschutzmechanismus im Umweltausschuss

Am 16. Mai 2018 hat der EP-Umweltausschuss über die Reform des europaweiten Zivilschutzmechanismus abgestimmt.

Das Gesetzesvorhaben hat zum Ziel, die derzeit im Rahmen des Katastrophenschutz-Pools gebündelten Kapazitäten der Mitgliedstaaten im Katastrophenfall besser zu mobilisieren, indem rescEU als eine zweckgebundene Reserve von operativen Kapazitäten und Ressourcen auf Unionsebene eingerichtet wird. Zusätzlich soll eine Erhöhung der Investitionen in die Katastrophenprävention gefördert werden.

Angesichts zunehmender komplexerer Bedrohungslagen wie Naturkatastrophen aber auch vom Menschen verursachte Katastrophenfälle wie Terroranschläge scheint ein Ausbau und eine bessere Koordinierung der verfügbaren Ressourcen sinnvoll. Das auch schon derzeit im Einsatz befindliche und rund um die Uhr besetzte Einsatzzentrum (ERCC) in Brüssel würde den Einsatz der Reserve koordinieren und somit zu einer schnelleren und effektiveren Hilfestellung

für die Mitgliedstaaten werden. Die Kosten dafür werden vollständig von der EU übernommen.

Zusätzlich sieht der Entwurf vor, die Solidarität der Mitgliedstaaten beim Einsatz nationaler Kapazitäten zu stärken. Konkret sollen die Mitgliedstaaten für den Ausbau der eigenen Ressourcen unter Bedingungen eine Kofinanzierung bis zu 75 % erhalten. Zusätzlich will die EU die Kosten für die Entsendung nationaler Ressourcen kofinanzieren.

Nach der Debatte und Abstimmung über eine Reihe von Änderungsanträgen wurde der Entwurf im Ausschuss mehrheitlich angenommen und wird somit im nächsten Schritt ans Plenum zur Abstimmung Ende Mai weitergeleitet.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Neues Gesetzespaket zu Klima- und Umweltschutz verabschiedet

Bei seiner Sitzung am 14. Mai 2018 hat der Rat ein Gesetzespaket zum Klima- und Umweltschutz formal abgesegnet, sodass dieses demnächst in Kraft treten kann.

Die EU hat sich verpflichtet, bis 2030 40 % ihrer Emissionen (Basis: 1990) einzusparen. Als weiteren Schritt in die Richtung einer fristgerechten Umsetzung dieses Ziels haben die Mitgliedstaaten im Rat ihr endgültiges grünes Licht für eine Reihe neuer Regeln gegeben, zu denen das Parlament schon vor ein paar Wochen seine Zustimmung gegeben hatte (vgl. [Tirol in Europa 15-18](#)). Zentral dabei ist die nun verabschiedete [Verordnung zur Lastenverteilung der CO2-Emissionen](#) zwischen den Sektoren, die nicht unter den EU-Emissionshandel fallen. Diese müssen bis 2030 30 % (Basis: 2005) ihrer Emissionen einsparen. Darunter fallen die Bereiche Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und Verkehr (mit Ausnahme des Luftverkehrs und des internationalen Seeverkehrs).

Außerdem verabschiedet wurde die neue [Verordnung](#) über die Einbeziehung der Emissionen aus Landnutzung, Landnutzungsän-

derungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in die EU-Klimaziele. Zusätzlich nahm der Rat neue [Regeln](#) zur Vereinfachung der EU-Gesetzgebung zur Umweltberichterstattung an.

Schließlich nahm der Rat die erst kürzlich vom Parlament abgesegnete überarbeitete [Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden](#) formal an. Die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen beinhalten Förderungen kostenwirksamer Renovierungen, die Einführung eines Intelligenzindikators für Gebäude, die Vereinfachung der Inspektionen von Heizungs- und Klimaanlagen sowie die Steigerung der Elektromobilität. Nachdem 40 % des gesamteuropäischen Energieverbrauchs auf Gebäude entfällt, stellen diese Maßnahmen einen weiteren wichtigen Schritt zur Umsetzung der Klimaziele der EU dar.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Vorstellung des dritten Mobilitätspakets

Die Kommission hat ihr drittes Mobilitätspaket präsentiert, welches das letzte Maßnahmenbündel im Rahmen der Initiative „Europa in Bewegung“ zur Verbesserung des Verkehrssektors in der EU darstellt.

Aufbauend auf den bereits vorgestellten Maßnahmen vom Mai und November 2017, gehören zu den zentralen Aspekten des dritten Pakets die Bereiche Sicherheit, Umweltfreundlichkeit und Vernetztheit bzw. Automatisierung.

Neue PKW sollen künftig insbesondere Notbrems- und Spurhalteassistenzsysteme enthalten, während neue LKW mit Fußgänger- und Radfahrererkennungstechnologie ausgestattet werden sollen.

Um eine umweltfreundlichere Mobilität zu gewährleisten, schlägt die Kommission erstmals CO2-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge vor. Im Jahr 2025 müssten die durchschnittlichen CO2-Emissionen neuer LKW 15 % niedriger sein als im Jahr 2019. Für 2030 wird als Richtwert eine Verringerung um

mindestens 30 % im Vergleich zu 2019 vorgeschlagen.

Des Weiteren will die Kommission Europa weltweit zu einem Vorreiter für vollautomatisierte und vernetzte Mobilitätssysteme machen. Daher enthält das dritte Mobilitätspaket eine Strategie, die eine neue Ebene der Zusammenarbeit zwischen den VerkehrsteilnehmerInnen anstrebt. Darüber hinaus schlägt die Kommission die Schaffung eines vollständig digitalen Umfelds für den Informationsaustausch im Güterverkehr vor. Dies soll den Verwaltungsaufwand verringern und den digitalen Informationsfluss bei Logistikvorgängen erleichtern.

[Mehr Informationen](#)

Start der Kampagne #EUandME

Die Europäische Kommission hat die Initiative #EUandME gestartet, die sich insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene richtet. Die Kampagne will auf die Errungenschaften der EU für unser tägliches Leben aufmerksam machen.

Zum Auftakt der Kampagne wurden fünf Kurzfilme zu den Themen Mobilität und Reisefreiheit, digitale Vernetzung, Start-Ups, Naturschutz und Menschenrechte veröffentlicht. Diese zeigen nicht nur die generellen Vorteile eines Lebens in der EU, sondern auch die Unterstützung der EU in konkreten alltäglichen Situationen.

In Kürze soll zudem ein Wettbewerb starten, bei dem jungen RegisseurInnen die Möglichkeit geboten wird, eigene Filme zum Thema zu drehen. Die Beiträge sollen zeigen, welche wichtige Rolle die EU in den verschiedensten Lebensbereichen der Menschen spielt. Außerdem sind zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten in den Mitgliedstaaten geplant.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Wifi4EU: Ab jetzt sind Bewerbungen möglich

Am 15. Mai 2018 startete der Bewerbungsprozess der Initiative „Wifi4EU“, welche Gemeinden die Möglichkeit gibt, mithilfe einer EU-Finanzierung kostenlose WiFi-Hotspots an öffentlichen Plätzen zu installieren.

Voraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Registrierung auf wifi4EU.eu, was bisher schon über 17.000 Gemeinden getan haben. In der ersten Runde erhalten 1.183 Gemeinden den WiFi4EU-Gutscheine in Höhe von 15.000 €. Zugelassen sind nur Projekte an

öffentlichen Plätzen, an denen noch keine Gratis-Hotspots in ähnlicher Qualität existieren. Die Vergabe wird nach dem „first-come first-served“ Prinzip durchgeführt. Das heißt: Schnell bewerben!

[Mehr Informationen](#)

Neue EU-Leitfäden für Bau von Energieleitungen und Wasserkraftanlagen

Im Rahmen des Aktionsplans für Natur, Mensch und Wirtschaft hat die Kommission zwei Leitfäden zu Energieübertragungsinfrastruktur und Wasserkraft veröffentlicht.

Darin werden die Schritte erläutert, die im Rahmen der EU-Naturschutzvorschriften bei der Vorbereitung solcher Energieprojekte erfolgen müssen. Die Leitfäden richten sich in erster Linie an nationale und regionale Behörden, die an der Planung und Genehmigung von Energieprojekten

beteiligt sind. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, die ökologischen Anforderungen geschützter Arten und Lebensräume frühzeitig zu berücksichtigen und - wo möglich - Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Erhaltung einzubeziehen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Euregio zeichnet junge ForscherInnen aus

Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino zeichnet wie jedes Jahr auch heuer wieder junge ForscherInnen für ihre Arbeiten zu Naturgefahren und klimatischen Herausforderungen in den Alpen aus.

Alle NachwuchsforscherInnen unter 35 Jahren sind eingeladen, sich für den Forschungswettbewerb zu bewerben. Bewerben können sich junge WissenschaftlerInnen, die aus der Europaregion stammen und im Inland oder Ausland zu Naturgefahren und klimatischen Herausforderungen forschen. Auch ausländische NachwuchsforscherInnen können sich bewerben, solange sie an einer der Universitäten, Fachhochschulen oder Forschungseinrichtungen der drei Euregio-Länder tätig sind. Einreichungen können in den Kategorien „Naturgefahren und Biodiversität“, „Naturgefahren, Governance und Kommunikation“ sowie „Naturgefahren und Schutzmaßnahmen/-bauten“ vorgenommen werden.

Eine Jury unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten der Freien Universität Bozen, Konrad Bergmeister, wird die Bewertung der Projekte vornehmen. Die ausgezeichneten ForscherInnen dürfen außerdem ihre Projekte im Rahmen der Tirol-Tage des Europäischen Forums Alpbach am 17.-19. August 2018 vorstellen. In Alpbach wird auch die Preisverleihung des Forschungswettbewerbs stattfinden. Zu gewinnen gibt es € 2.000 für den ersten Platz, € 1.000 für den zweiten und € 500 für den dritten Platz. Außerdem erhalten die ersten sechs Plätze je einen Gutschein für die Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach 2019.

[Teilnahmevoraussetzungen und Bewerbungsablauf](#)

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Eröffnung der Ausstellung *loop* in der Gemeinsamen Vertretung

Am 15. Mai 2018 eröffnete Dr. Richard Seeber gemeinsam mit MEP Karoline Graswander-Hainz die gut besuchte Vernissage „*loop. raum zwischen erinnern und vergessen*“ der Tiroler Künstlerinnen Anna Maria Mackowitz und Elisabeth Melkonyan in der Gemeinsamen Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino.

Unter den Gästen waren hochrangige VertreterInnen aus den österreichischen und EU-Institutionen inklusive der neuen Botschafterin Elisabeth Kornfeind und die AdR-Mitglieder BM Hanspeter Wagner und Franz Schausberger.



Die Ausstellung kann bis zum 7. Juni in der Gemeinsamen Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino besichtigt werden. Zwischen März und Mai 2017 war [loop](#) in der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck zu sehen.

Vorbesprechung der AdR-Delegation in der Gemeinsamen Vertretung

Am 16. Mai 2018 fand in der Gemeinsamen Vertretung die Vorbesprechung der österreichischen Delegation für die Plenarsitzung im Ausschuss der Regionen (AdR) statt.

Bevor es im Anschluss in den AdR zur Plenarsitzung ging, koordinierten die Delegierten noch abschließende Details im Rahmen dieser Sitzung.

Als einziger Tiroler war Bürgermeister Hanspeter Wagner als Delegierter des österreichischen Gemeindebundes vertreten.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Öffentliche Konsultationen ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien der EU](#)

Umwelt

8. Mai 2018 - 31. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms](#)

Umwelt und Klimaschutz

3. Mai 2018 - 26. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt](#)

Beschäftigung und Soziales

2. Mai 2018 - 31. Juli 2018

[Studie zur Unterstützung der Bewertung des Gebührensystems der Europäischen Arzneimittel-Agentur](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

2. Mai 2018 - 2. August 2018

[Öffentliche Konsultation über Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfung illegaler Online-Inhalte](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

30. April 2018 - 25. Juni 2018

[Öffentliche Konsultation zur offenen Methode der Koordinierung für die Aquakultur in der EU](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

26. April 2018 - 20. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung](#)

Umwelt

23. April 2018 - 23. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Werkzeugmaschinen und Schweißgeräten](#)

Binnenmarkt, Energie, Unternehmen und Industrie

16. April 2018 - 10. Juli 2018

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol - Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Abbildungsverzeichnis

Seite 2: <https://www.pexels.com/de/foto/geld-banknoten-kasse-euro-63635/>

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michael Jennewein, BA